

## **Apfelbaum braucht Wurzelraum: Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2020 – Antworten der SPD**

### **1. Wie stehen Sie generell zum Motto „Wachsende Stadt“ und der daraus resultierenden Verdichtung?**

Hamburg ist attraktiv und wird immer attraktiver. Hamburg ist eine Hoffnungs- und Ankunftsstadt, in der viele Menschen mit ihren Kindern und Familien leben wollen. Eine positive Einwohner- und Wirtschaftsentwicklung ist als Perspektive eine große Chance für die Stadt und ihre Menschen. Außerdem braucht man nicht die Sorge zu haben, dass Hamburgs Einwohnerzahlen immer nur steigen werden, weil solche Trends immer auch natürlichen Schwankungen unterliegen. In den zurückliegenden Jahren haben wir die Stadt so weiterentwickelt, dass die wirtschaftliche, die soziale und die ökologische Qualität des Lebens in Hamburg weiter steigen. Wohnungen werden gebaut, auch um das Angebot zu erhöhen und dadurch den Mietenanstieg zu begrenzen. Und indem wir auch verdichten, schaffen wir neue Grünanlagen. Es werden Gewerbeflächen bereitgestellt und die Infrastruktur ausgebaut, ohne dass die natürlichen, sozialen und kulturellen Freiräume der Stadt darunter leiden. Wir haben trotz aller Widerstände dafür gesorgt, dass Hamburg eine weltoffene und vielfältige Stadt bleibt, in der viele Bürgerinnen und Bürger ihr Glück nicht nur suchen, sondern auch finden können. Eine Stadt, die zusammenhält und in der jeder seinen Platz finden kann. Wir wollen, dass alle teilhaben am Haben und Sagen in unserer Stadt. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Das Erreichte ist heutzutage niemals selbstverständlich gesichert und erst recht nicht ohne politische Anstrengungen von Dauer. In Hamburg zeigen wir, dass es zu negativen Entwicklungen eine gute, optimistische und sinnvolle Alternative gibt: Dass die Hamburgerinnen und Hamburger weit überwiegend gerne hier leben, liegt daran, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur das Mögliche, sondern vor allem auch das Sinnvolle für die Stadt angegangen sind und das Leben für alle spürbar verbessert haben.

Wir betreiben eine sozial gerechte, aktive Boden- und Liegenschaftspolitik mit deutlich mehr Erbbaurechtsvergaben zu vernünftigen Konditionen, mit maßgeschneiderten, den Grundstückspreis dämpfenden Konzeptausschreibungen und mit gezielten, strategischen Flächenankäufen.

Eine aktive Stadtentwicklung ist für uns Ausdruck der Attraktivität Hamburgs. Wir möchten, dass alle in Hamburg lebenden Menschen hier gut leben können. Denn es ist besser, in einer attraktiven Stadt zu leben, in der gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Zukunft gestaltet wird. Dabei begrüßen wir es, dass wir in Hamburg nicht über Schließungen, sondern über mehr Kitas und mehr Schulen gesprochen wird. Für uns ist auch klar: Wir werden Hamburg als grüne Stadt am Wasser erhalten, weil öffentliche Plätze und Parks für die Lebensqualität in Hamburg eine zentrale Rolle spielen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Natur-, Grün- und Erholungsqualität weiter verbessern und haben uns deswegen mit dem Naturschutzbund auf neue Rahmenbedingungen für den Grünerhalt geeinigt. Diesen „Vertrag für Hamburgs Grün“ werden wir konsequent umsetzen und schaffen damit einen bundesweit vorbildlichen Interessenausgleich zwischen Grünerhalt und Wohnungsbau. Zu diesem Interessenausgleich gehört auch, ein Herz für Hamburgs Kleingärten zu haben. Wir fühlen uns den dazu getroffenen Vereinbarungen verpflichtet und wollen – bei Inanspruchnahme einzelner Flächen – einen angemessenen Ausgleich finden.

### **2. Wie stellen Sie sicher, dass in der wachsenden Stadt Hamburg auch in Zukunft ausreichend Grünflächen vorhanden sind?**

Wir haben den „Vertrag für Hamburgs Grün“ mit ausgehandelt, damit Hamburg auch in Zukunft eine grüne Stadt bleibt.

Konkret bedeutet dies, dass wir ca. zehn Prozent der Landesfläche unter Naturschutz stellen und damit dauerhaft von Bebauung frei halten. 18,9 Prozent der Landesfläche stehen unter Landschaftsschutz. Den Bestand an öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen werden wir erweitern, aufwerten und pflegen. Bedeutsame Grünverbindungen im Bereich des inneren Stadtgebietes (innerhalb des 2. Grünen Ringes) werden wir grundsätzlich von Bebauung freihalten, bei der Entwicklung neuer Quartiere neue Grünanlagen schaffen und bestehende aufwerten, um so die Stadt als „Hotspot“ der Artenvielfalt weiter zu entwickeln und den Biotopverbund dauerhaft zu sichern.

### **3. Welche Parameter werden für die Planung von städtischen Grünflächen herangezogen, welche sollen es Ihrer Meinung nach in Zukunft sein (Einwohnerzahl, Fläche, Sozialindex, Altersstruktur....)?**

Mit dem Vertrag für Hamburgs Grün haben wir festgeschrieben, dass Hamburg eine grüne Stadt bleibt. Neben den fast 10 Prozent der Landesfläche, die unter Naturschutz steht, und den 18,9 Prozent der Landesfläche, die unter Landschaftsschutz steht, machen zudem auch in Zukunft mindestens 23 Prozent der Hamburger Fläche Biotopverbunde aus. Insgesamt wird so die Naturquantität ausgeweitet und die Naturqualität verbessert werden. Für die Einhaltung des Vertrages sorgt ein Grünkoordinator. Zudem werden im Vertrag für Hamburgs Stadtgrün die Bezirke und alle Behörden und öffentlichen Unternehmen auf die Einhaltung verpflichtet. (Siehe dazu Drs. 21/19411)

### **4. Was müsste für Sie ein „Grünentwicklungsplan Ottensen / Othmarschen / Bahrenfeld und Umgebung“ auf jeden Fall sicherstellen?**

Auch hier kann allgemein auf den „Vertrag für Hamburgs Grün“ verwiesen werden, der auch in den genannten Stadtteilen zum Tragen kommt (s.o.). Bestandteil dessen ist z.B. auch eine bienenfreundliche Bepflanzung. Darüber hinaus werden wir Hamburgs Parks, Wälder und Feldmarken für die Erholung wie zum Schutz des Klimas pflegen und erhalten. Zudem wollen wir ein gezieltes Aufforstungsprogramm starten, um die Anstrengungen zu flankieren.

Fließ- und stehende Gewässer werden wir biologisch weiter verbessern. Zum Maßnahmenpaket für Hamburgs Stadtgrün gehört auch, dass wir die Stadt sauber halten und dafür sorgen, dass Grünanlagen verlässlich gepflegt werden.

Zudem wollen wir die Anreize für das Anlegen von Gründächern steigern und die Förderprogramme bekannter machen, denn Gründächer tragen erheblich zu einem verbesserten Stadtklima bei. Sie speichern Regenwasser und geben Feuchtigkeit an die Umgebung ab. An heißen Sommertagen kühlen sie die aufgeheizte, stickige Stadtluft. Gründächer leisten ebenfalls einen Beitrag zum Überflutungsschutz, dienen bei Starkregenereignissen als Puffer und halten das Regenwasser zurück.

### **5. Bebaute Flächen können umgewandelt werden, etwa ein Gewerbegebiet in ein Wohngebiet. Eigentlich nie werden bebaute Flächen wieder zu Grünflächen. Wie sieht für Sie unter diesem Aspekt eine verantwortungsvolle Stadtplanung aus?**

Zu einer lebenswerten Zukunftsstadt gehören Grünflächen und Naturschutzgebiete. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit 2011 insgesamt rund 670 ha Flächen neu unter Naturschutz gestellt. Aktuell gibt es 35 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 7.124 ha. Oben wurde schon beschrieben, dass – obwohl Hamburg wächst und dichter bebaut wird – wir den Anteil der Naturschutzgebiete am Stadtgebiet auf 10 Prozent erhöhen werden und damit dauerhaft von Bebauung frei halten. Fast 20 Prozent der Landesfläche stehen unter Landschaftsschutz. Altona-Mitte ist ein Beispiel für die Umwandlung einer Bahnfläche in eine Grünfläche.

**6. Wie gewichten Sie die vorhandenen unterschiedlichen Interessen von Wohnbebauung, Krankenhausneubau, Schulplanung, dem jetzigem Krankenhausgelände (Denkmalschutz), Verkehrsplanung und Grünflächenerhalt und –entwicklung in Bezug auf den „Rahmenplan Krankenhausquartier Altona“?**

Als SPD haben wir die ganze Stadt im Blick. Die Aufgabe des Rahmenplans ist es, die unterschiedlichen Nutzungsansprüche und teilweise konkurrierende Belange in Einklang zu bringen. Nur ein überzeugendes und flächen- sowie ressourcenschonendes Konzept, das sowohl städtebaulich als auch freiraumplanerisch überzeugt, kann die Grundlage für eine gelingende langfristige Entwicklung für das neue Quartier sein. Zu diesem Interessenausgleich gehört für uns auch, ein Herz für Hamburgs Kleingärten zu haben. Wir fühlen uns zu den getroffenen Vereinbarungen verpflichtet und wollen – bei Inanspruchnahme einzelner Flächen – einen angemessenen Ausgleich finden. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Planungsprozess ist dabei für uns im Zuge der Rahmenplanung weiterhin sehr wichtig. Eine denkmalgerechte Nachnutzung des Gebäudes, die möglichst auch ein tragfähiges Energiekonzept beinhaltet, würden wir begrüßen.

**7. Die aktuell angebotenen Ersatzflächen für die im Visier der Schulbehörde stehenden Kleingartenflächen beinhalten die Vernichtung von öffentlich zugänglichem Grün (Röpersweide) und die Umsiedelung von am aktuellen Standort gut integrierten Flüchtlingen (Holmbrook). Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu diesen Verdrängungseffekten?**

Selbstverständlich sollen ausreichend Ausgleichsflächen für die Kleingärtner zur Verfügung gestellt werden, ebenso muss die Frage der Unterbringung der Geflüchteten am Holmbrook vernünftig einbezogen werden. Gemeinsam werden die zuständigen Behörden und der Bezirk mit dem LGH und dem betroffenen Kleingartenverein hier Lösungen erarbeiten.

**8. Der Krankenhausneubau für die Asklepios-Klinik Altona wurde in der Bürgerschaft beschlossen. Als Grundlage für den Beschluss wurde ein Gutachten genannt, das trotz mehrerer Anfragen nicht öffentlich zugänglich gemacht wurde. Wie ist die Position Ihrer Partei hierzu?**

Hamburg wächst, meldet jedes Jahr Geburtenrekorde und zieht wegen seiner hervorragenden medizinischen Versorgung sehr viele Patientinnen und Patienten aus dem Umland an. Wir werden die stationäre Versorgung entsprechend der steigenden, aber auch älter werdenden Bevölkerung weiterentwickeln. Schon heute stellt Hamburg die höchste Fördersumme je Einwohner für die Krankenhäuser zur Verfügung. Diese Spitzenposition wollen wir halten und jedes Jahr entsprechend in die Modernisierung unserer Krankenhäuser investieren. Dabei tragen wir den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten durch einen höheren Anteil von Einbettzimmern Rechnung und investieren gezielt in die IT-Sicherheit der Krankenhäuser.

In Altona bauen wir eines der modernsten Krankenhäuser Deutschlands und machen es zu einem Gesundheitszentrum für den Stadtteil. Diese Investition geht nicht zu Lasten anderer Krankenhäuser, sondern wird zusätzlich finanziert. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedauern weiterhin zutiefst, dass die CDU sich über das klare Ergebnis des Volksentscheids hinweggesetzt und gegen den Willen der Bevölkerung die Mehrheit am Landesbetrieb Krankenhäuser privatisiert hat. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Kernaufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge nicht privatisiert werden.

Die Frage nach dem Gutachten betrifft möglicherweise ein Gutachten, das von Asklepios Kliniken Hamburg GmbH beauftragt wurde. Die FHH hält leider nur noch eine Minderheitsbeteiligung an dieser Firma und kann die Veröffentlichung des Gutachtens deshalb nicht erzwingen.

Inwiefern Gutachten, die zur Begründung staatlicher Investitionszuschüsse herangezogen werden, öffentlich gemacht werden müssen, können wir prüfen. Das Gutachten ist aber auch nur ein Element in der Entscheidung für den Neubau. Dass ein Umbau in einem denkmalgeschützten Altbau teurer und mit Rücksicht auf Patientinnen und Patienten mit höherem Aufwand und Belastungen verbunden ist, kann man sich aber auch so leicht vorstellen. In einer Schriftlichen Kleinen Anfrage (Drs. 21/12685) hat der Senat seine Entscheidung wie folgt erläutert:

„Trotz fortlaufender Investitionen in das Gebäude der heutigen Asklepios Klinik Altona sind die baulichen Einschränkungen im Bestand so erheblich, dass in gemeinsamer Einschätzung der zuständigen Behörde und des Krankenhausträgers allein eine Neubaulösung wirtschaftlich und zukunftsfähig ist. Nur unter diesen Voraussetzungen könnte die Krankenhausversorgung unterbrechungsfrei gewährleistet werden. Gegen einen weiteren Betrieb im Bestand sprechen unter anderem die fehlende Ausrichtung auf moderne Betriebsabläufe (zu geringe Anzahl Betten/Station), die Gesamtgröße (Leerstand im Bettenhaus), insbesondere aber der notwendige Aufwand für Haustechnik (Brandschutzauflagen, mangelhafter Wärme- und Sonnenschutz der Fassade, Probleme der Logistik und der Aufzugssituation).

Ein kompletter Neubau der Asklepios Klinik Altona bietet erhebliche Perspektiven und Möglichkeiten für ein zukunftsweisendes, modernes neues Krankenhaus für den Hamburger Westen unter Einbeziehung der Entwicklung der regionalen Krankenhauslandschaft und des Stadtteils. Die gesamte Projektlaufzeit bis Fertigstellung des Krankenhausneubaus wird aus heutiger Sicht mit acht bis zehn Jahren angesetzt.“

### **9. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die aktuell als Entwicklungsflächen markierten Gebiete auf dem Krankenhausgelände zukünftig als Schulstandort ausgewiesen werden?**

Hamburg verzeichnet als attraktive Metropole mit einem dynamischen Wohnungsbau bereits seit Jahren einen Bevölkerungszuwachs mit den entsprechend anwachsenden Schülerzahlen. Seit Ende 2018 liegen aktualisierte Daten für die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung vor. Danach wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter insbesondere in Hamburg rund drei bis vier Mal so schnell wachsen wie die Bevölkerung insgesamt. Wir rechnen in den nächsten zehn Jahren mit einer Steigerung um etwa 25 Prozent auf rund 240.000 Schülerinnen und Schüler. Es ist eine gewaltige Aufgabe, die Schulen auf diesen Anstieg gut vorzubereiten und für rund 40.000 zusätzliche Schülerinnen und Schülern einen guten Schulplatz zu schaffen. Wir werden deshalb die Mittel für den Schulbau noch einmal anheben und bis 2030 mehr als vier Milliarden Euro in den Aus- und Neubau der Schulen investieren.

Aufgrund der Geburtenraten in der Region Altona wird perspektivisch von einer deutlichen Steigerung der jährlichen Einschulungen ausgegangen. Die geplanten Neubauaktivitäten lassen weitere Schülerinnen und Schüler erwarten. Insgesamt beträgt der Schülerzuwachs an Grundschulen in Altona mittel- bis langfristig sogar rund 40 Prozent. Deswegen ist es dringend erforderlich und geplant, den Grundschulbereich auszubauen und auch im Zusammenhang mit der Überplanung der Asklepios Klinik Altona eine vierzügige Grundschule neu zu gründen.

Wir setzen uns dafür ein, einen Schulstandort am Standort Schwengelkamp zu realisieren. Er eignet sich sehr gut für den Bau einer neuen Schule und die Entwicklungen der Schülerzahl in der Region machen es dringend erforderlich, hier den Eltern und Kindern ein gutes Schulangebot zu bieten. Selbstverständlich aber prüfen wir auch sehr sorgfältig alternative Standorte.

**10. Was tut Ihre Partei dafür, dass die Stadt Hamburg Grundstücke (z.B. in der Gasstraße) für den Schulbau aufkauft?**

Das Grundstück an der Gasstraße ist bereits seit längerer Zeit für wirtschaftliche Belange vorgesehen. Für eine Schule ist das Gelände hingegen nicht besonders gut geeignet. Aufgrund der Lage am Bahndamm wären umfangreiche Sicherungsmaßnahmen erforderlich, um das Abrutschen des Bahndamms zu verhindern. Da gesetzlich auch Abstandsflächen zu beachten sind, wäre letztlich nur eine sehr kompakte, viergeschossige Bauweise möglich. Der Schulhof könnte kaum Schutz vor dem Lärm der S-Bahn bieten und es kann aufgrund der Lage – anders als bei vielen Schulen – keine alternative abgewandte Schulhofseite geben. Hier stellt sich durchaus die Frage, ob Eltern Ihre Kinder lieber an diesem Standort anmelden als an einer der jetzt erweiterten etablierten Schulen in Altona?

**11. Im Kontext der aktuell dringend benötigten neuen Schulen will man die enormen Fehlplanungen der zuständigen Behörden nun auf die Schnelle zu Ungunsten von öffentlichen Grünflächen und Kleingärten beheben. Was tut Ihre Partei dafür, dass ein Schulstandort nördlich der Behringstraße entwickelt wird, um dem Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“ gerecht zu werden, der zudem die Verkehrssicherheit der Kinder im Blick hat?**

Wie bereits voran dargestellt, muss aufgrund der gestiegenen Geburtenraten – mittel- bis langfristig bis zu 40 Prozent – auch in der Region Altona perspektivisch von einer deutlichen Steigerung der jährlichen Einschulungen ausgegangen werden, und die geplanten Neubauaktivitäten lassen weitere Schülerinnen und Schüler erwarten. Deswegen ist es im Rahmen einer seriösen und vorausschauenden Planung erforderlich und geplant, schon jetzt mit dem Ausbau insbesondere des Grundschulbereichs zu beginnen. Die Aussage über vermeintliche Fehlplanungen der zuständigen Behörde ist schlicht falsch. Dank der erheblichen Aufstockung der Schulbaumittel durch den Senat und der Schulbauoffensive der Schulbehörde wurde der jahrelange Stillstand im Schulbau beendet. Die Schulbaumittel wurden mehr als verdoppelt. Diese vorausschauende Schulbauoffensive ist es zu verdanken, dass bereits 13 Prozent Schülerwachstum seit 2011 problemlos geschultert wurden und die Schulgebäude heute größer und schöner sind. Mögliche alternative Standorte werden sehr sorgfältig geprüft, auch ein Standort nördlich der Behringstraße ist in Prüfung. Bislang gibt aber keine Fläche, die geeignet ist für einen Schulstandort.

**12. Kleingärten fungieren auch als Begegnungsstätten für Menschen aller Generationen und sozialer Schichten. Sie sind ein Erlebnis-, Lern- und Erfahrungsraum für Kinder, dienen der Erholung und Bewegung und bieten ein kreatives Betätigungsfeld für alle. Wie berücksichtigen Sie diesen wichtigen sozialen Aspekt bei weiteren Planungen?**

Die rund 34.500 Kleingärten in Hamburg sind in den nächsten fünf Jahren, aber auch darüber hinaus von großer Bedeutung. Bei dem großen Empfang der SPD Bürgerschaftsfraktion im Rathaus für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in Hamburg Ende Oktober 2019 wurde es so zusammengefasst: Kleingärten: „Stark für Natur, Klima und Zusammenhalt in Hamburg“. Aus unserer Sicht tragen Kleingärten wesentlich dazu bei, dass Hamburg sich eine grüne Stadt nennen kann. Kleingärten verbessern das Kleinklima und sind Bausteine zur Biotopvernetzung. Sie übernehmen darüber hinaus eine soziale Funktion, indem sie Raum für Gemeinschaftsleben bieten und das Miteinander in einer internationalen Stadtgesellschaft fördern. Damit tragen sie zur Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit ausländischen Wurzeln und letztlich zum sozialen Zusammenhalt bei. Neben dieser gesamtgesellschaftlichen Funktion bieten sie einen Ort der Erholung und Entspannung. Aus diesen Gründen setzt sich die Hamburger SPD über das Bundeskleingartengesetz und vertragliche Regelungen für Fortbestand der Kleingärten ein.

**13. Die umliegenden Sportplätze am Trenknerweg, am Othmarscher Kirchenweg und die Adolf-Jäger-Kampfbahn sind zur Bebauung freigegeben bzw. werden schon bebaut. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft alle Teile der Bevölkerung, insbesondere auch Kinder und Jugendliche, einen ausreichenden und sicheren Zugang zu wohnortnahen Bewegungs- und Erholungsräumen haben?**

Mit der „Active City-Strategie“ haben wir dem Sport in Hamburg eine neue, größere Bedeutung gegeben. Sport und körperliche Aktivität sollen für alle, überall in der Stadt und zu jeder Zeit möglich sein. Mit unserer umfassenden Sportförderung wollen wir attraktive, wohnortnahe, leicht zugängliche und bezahlbare, vielfach kostenlose Sportangebote schaffen und möglichst viele Hamburgerinnen und Hamburger zur Bewegung motivieren. Deshalb haben wir die Investitionen in die Sportanlagen seit 2011 auf einen Höchststand von mehr als 60 Millionen Euro jährlich gesteigert. Wenn Sportanlagen einer anderen Nutzung zugeführt werden, wird in der Nähe eine andere Anlage ertüchtigt. Für den Trenknerweg und den Othmarscher Kirchenweg wurde im Gegenzug die bestehende Sportanlage Baurstraße komplett neu gebaut und erweitert. Sie verfügt über 4 ½ Großspielfelder mit Kunststoffrasenbelag, leichtathletische Anlagen sowie einen Komplex mit zwei Sportfunktionsgebäuden. Durch die Umstellung auf Kunststoffrasen mit umweltfreundlichen Infill (Kork oder Sand) gelingt es in Hamburg, die Nutzungszeiten an öffentlichen und vereinseigenen Anlagen stark auszuweiten, so dass insbesondere auch mehr Kinder und Jugendliche die Plätze nutzen können. Hinzu kommt, dass im Rahmen des Schulausbauprogramms bis 2022 weitere 81 Sporthallenfelder dazukommen, so dass auch das Angebot an Sporthallen wohnortnah massiv ausgebaut wird. Die bewegungsfreundliche Gestaltung von Schulen und Schulhöfen werden wir intensivieren. Als SPD stehen wir dafür, dass die gebührenfreie Nutzung der öffentlichen Sportanlagen bestehen bleibt. Neben der wohnortnahen Infrastruktur haben wir auch die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwächeren Familien im Rahmen des Programms „Kids in die Clubs“ aufgestockt. Denn uns ist es wichtig, dass jedes Kind und jeder Jugendliche die Möglichkeit hat, Sport zu treiben.

Kleingärtenanlagen und Wohnungsbau gehören zusammen. Wir unterstützen ausdrücklich Bemühungen des Senats, bei größeren Wohnungsbauvorhaben von Anfang an Kleingartenflächen einzuplanen. Im Zusammenhang mit großen Wohnungsbauvorhaben sollen daher auch Kleingartenflächen entwickelt werden. So sind Kleingärten bei der Fortentwicklung des „Sprungs über die Elbe“ oder im städtebaulichen Entwicklungsraum „Hamburger Osten“ für uns wichtig. In „Oberbillwerder“ sind im Masterplan Kleingärten und Flächen für gärtnerische Nutzung eingeplant. Kleingärten sind für uns auch Ausdruck von Kreativität. Sie haben ebenso für die Nahversorgung einen hohen Stellenwert. Die zwischen Bergedorf-West und „Oberbillwerder“ gelegene Kleingartenanlage der Gartenfreunde Bergedorf-West e. V. bleibt selbstverständlich erhalten. In Oberbillwerder sollen weitere rund sechs Hektar für Kleingärten bereitgestellt werden. In einigen Fällen müssen wir aber Kompromisse zwischen dem Interesse des Wohnungsbaus und dem Interesse, Kleingärten zu erhalten und einzuplanen, finden.

**14. Die große ökologische Bedeutung der derzeit noch bestehenden Kleingartenanlage zwischen Behringstraße und Bernadottestraße ist unbestritten. Wie stehen Sie zur Vernichtung der über 100 Jahre gewachsenen alten Kleingartenanlage und der damit verbundenen Vernichtung der Artenvielfalt?**

Wie in den Antworten zu den Punkt 6, 11 und 12 geschildert, handelt es sich um einen sehr komplizierten Abwägungsprozess. Für alle Positionen gibt es gute Gründe: sowohl für den Erhalt der Kleingartenflächen als auch für den Neubau der Schulen. Wichtig ist, wenn es zu einer Entscheidung für den Schulbau auf der Kleingartenfläche kommt, dann muss der Flächenanspruch für den Bau in dem absolut notwendigen Maß beschränkt bleiben.

Gleichzeitig muss der größere Teil der Kleingartenfläche, der erhalten bleibt, als Dauerkleingartenanlage im Bebauungsplan abgesichert werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Parzellenersatz auf einer angrenzenden Fläche hergerichtet wird.

**15. Dass vor allem große, zusammenhängende Grünflächen einen ausgleichenden Effekt auf das Stadtklima haben, ist hinlänglich bekannt. Als Frischluftschneisen mit hohem Sauerstoffgehalt bilden sie ein Gegengewicht zur dichten Bebauung und sie sorgen für einen messbaren Temperaturausgleich – vor allem in heißen Sommern. Wie werden Sie sicherstellen, dass dieser Aspekt (auch in Zukunft) in die Stadtplanung einfließt?**

Der Kleingartenbestand ist als fester Bestandteil im Grünen Netz der Stadt zu sichern. Im direkten Zusammenhang mit dem Wohnungsbau werden wir weiterhin die planrechtliche Sicherung von Dauerkleingärten gewährleisten. Aufgrund der besonderen Situation in Hamburg, wo sich die meisten Kleingärten auf städtischen Flächen befinden, sind auch die nicht planungsrechtlich gesicherten Kleingärten durch das Bundeskleingartengesetz so geschützt als wären sie Dauerkleingärten, so dass auch bei ihrer Räumung Ersatzland zu stellen ist.

Damit der Bestand nicht schmilzt, ist die Stadt ständig auf der Suche nach geeigneten Ersatzstandorten, auf denen sie neue Kleingärten baut. Vorrangiges Ziel ist es, Kleingärten zentrums- und wohnungsnah und damit nutzerfreundlich zu erhalten. Dann sind sie schnell zu Fuß oder mit dem Fahrrad umweltfreundlich zu erreichen.

Mit diesen Vorhaben wird es gelingen, den Bestand von Kleingärten im Stadtgebiet zu sichern und so auch ihren positiven Beitrag zum Stadtklima zu erhalten.

**16. Anfang Dezember hat der Hamburger Senat ein großes Klimaschutzpaket angekündigt. Auch der Bezirk Altona hat im Oktober 2019 bereits entsprechende Beschlüsse auf den Weg gebracht, mit denen er sich verpflichtet, „alle baulichen Maßnahmen des Bezirks [...] hinsichtlich ihrer Auswirkungen aufs Klima“ zu überprüfen und Lösungen zu bevorzugen, „die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken“.2 Kleingärten kommen diesbezüglich eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Kleingärten als integralen Bestandteil des innerstädtischen Grüns zu erhalten?**

Siehe oben

**17. Werden Sie sich darüber hinaus dafür einsetzen, in Altona zu den bestehenden Kleingärten neue, wohnortnahe Gartenflächen zu schaffen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen soll dies erfolgen?**

Zwischen der Stadt Hamburg und dem Landesbund der Gartenfreunde in Hamburg e. V. (LGH) besteht eine vertragliche Vereinbarung darüber, dass für z. B. durch Wohnungsbau oder Schulbau wegfallende Kleingärten Ersatzgärten auf Kosten der Stadt hergerichtet werden müssen. Darauf hat der LGH einen Anspruch. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der vertragliche Anspruch auch in Zukunft erhalten bleibt.

Im Übrigen hat die Stadt mit dem LGH vereinbart, dass Kleingärten insbesondere wohnortnah geschaffen werden. Das gilt auch im Rahmen von größeren Wohnungsneubaumaßnahmen.

**18. Wie wird Ihr konkretes Engagement für die Kleingärten im Gebiet Ottensen/Othmarschen aussehen?**

Die zuständigen Senatsbehörden stehen seit einiger Zeit in Verhandlungen mit dem LGH und dem betroffenen Kleingartenverein. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende vertragliche Vereinbarungen eingehalten werden und dass eine Lösung nur einvernehmlich erreicht werden kann.